

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

14 (17.1.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1,10 M., 1/2 jährl. 3,20 M., zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 M. bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,26 M. bezw. 3,60 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 1/28-1/21 u. 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/29 Uhr vorm., für gedr. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Graf & Cie., Karlsruhe.

Das Elend der Politik.

In einem Punkt haben die Alldeutschen recht: Noch nie ist es erlebt worden, daß ein Staat bei einer so ausgezeichneten Kriegsführung eine so über alles Maß erbärmliche Politik gehabt hätte wie das Deutsche Reich. Schuld daran trägt der Umstand, daß es bei uns zu viel Leute gibt, die nicht wissen, was sie wollen.

Was sie wollen, wissen die Alldeutschen. Und was sie will, das weiß die Sozialdemokratie. Die Alldeutschen wollen den sogenannten Machtfrieden mit gewalttätigen Annexionen in Ost und West und halten ihn für ein erreichbares Ziel. Die Sozialdemokratie bekämpft diesen Machtfrieden grundsätzlich und hält ihn überdies für ein unerreichbares Ziel. Sie will den allgemeinen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Erschädigungen zur Begründung eines dauernden Friedenszustandes zwischen den Völkern. Der Sozialdemokratie hat sich mit ziemlich großer Bestimmtheit eine Reihe bürgerlicher Politiker angeschlossen, sei es aus grundsätzlichen oder aus opportunistischen Gründen. Die einen davon sind durch die Grauen des Krieges zu entschiedenen Friedensfreunden bekehrt worden, die anderen wollen einen Frieden ohne Annexionen, weil ein anderer doch nicht zu erreichen und alles Blutvergießen vergeblich ist.

Zwischen diesen beiden Anschauungswelten, die sich voneinander scheiden wie Feuer und Wasser, pendeln nun verschiedene Leute unentschieden hin und her. An dem einen Tage sind sie für einen Frieden ohne Annexionen und sicheren: „Wenn nur schon Schluß wäre!“ An dem nächsten fallen sie wieder frischen Mut und begeistern sich für den deutschen Schwertfrieden. Von einem großen Berliner Blatt wurde in früheren Zeiten wegen seiner auffällig schwankenden Haltung höhöcherweise behauptet, es werde immer nach der letzten Postkarte redigiert, die eben bei der Redaktion eingelaufen sei. Ähnlich wie dieser unglücklichen Redaktion geht es den Unentschiedenen von heute; sie lassen sich von Stimmungen hin und her treiben, und die deutsche Politik erhält dadurch einen unsicheren und unsitigen Charakter.

Man ist nun auf den Gedanken gekommen: Wenn die Kriegsführung so gut und die Politik so schlecht ist, so ist es vielleicht am besten, wenn diejenigen, die den Krieg führen, auch die Politik des Reiches in die Hand nehmen. Das ist nun für jedermann, der nur einigermaßen politisch denken gelernt hat, ein gar zu offensichtlich schlechter Gedanke. Denn man kann auf dem einen Gebiet ein unerreicherbarer Meister, auf dem andern aber zugleich ein Stümper sein. Die Alldeutschen sehen sich aber über solche vernünftige Erwägungen hinweg und dekretieren, mit Recht oder Unrecht, im Namen des Militärs, daß die Dinge so und so gemacht werden müßten.

Es ist jetzt vollkommen klar, daß die Absicht dahin geht, die gesamte Kriegspolitik, so weit sie im Zeichen des Wortes stand: „Uns treibt nicht Eroberungsjucht!“ mit einem Schlag über den Haufen zu werfen. Es wird für West und Ost, praktisch zunächst für den Osten, ein Annexionsprogramm aufgestellt, das in militärisch strategischer Hinsicht wahrscheinlich ausgeglichen aussieht, in politischer Beziehung aber geradezu furchtbar ist. Greifen wir nur einen Punkt heraus: von dem Gebiet des ehemals russischen Polen soll ein Streifen, der ungefähr zwei Millionen rein polnischer Bevölkerung umfaßt, abgetrennt und zum deutschen Reich geschlagen werden. Wie macht man das und was kommt davon?

Deutschland hat dem ehemals russischen Polen eine staatliche Selbständigkeit zugesprochen. Es stellt sich in Brest-Litowsk auf den Standpunkt, daß die Selbständigkeit Polens (unter Anlehnung an die Mittelmächte) eine schon vollzogene Tatsache sei, und der Vertreter der obersten Heeresleitung bei den Friedensverhandlungen, General Hoffmann, hat am 11. Februar erklärt, daß die oberste Heeresleitung jede Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen müsse. Daraus folgt, daß bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk über das neue polnische Annexionsprojekt gar nicht verhandelt werden kann. Denn Deutschland spricht Rußland das Recht ab, in dieser Angelegenheit mitzureden, und selbst wenn die deutsche Regierung von diesem Standpunkt abginge, so könnte eine Einigung mit der russischen Regierung über dieses Projekt niemals zustande kommen, weil sich die russische Regierung nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker selber die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit absperrt.

Es ergibt sich also die groteske Situation, daß das neue „Friedensprogramm“ überhaupt nicht geeignet ist, Gegenstand der Friedensverhandlungen zu sein. Eine Abmachung, die Deutschland das Recht auf das beanspruchte Gebiet zubilligt, könnte nur zwischen der deutschen Regierung und dem polnischen Regimentsrat geschlossen werden. Der aber würde sich wundern. Polen ist in diesem Kriege doch keine feindliche Macht, es wird im Gegenteil als unser Verbündeter behandelt, und diesen Verbündeten sollen wir jetzt massieren, indem wir ihm nicht nur zwei Millionen seiner Bevölkerung nehmen, sondern auch das für seine Industrie lebensnotwendige Kohlengebiet! Ein Polen ohne Silesia, ohne seinen westlichen Landesteil, ohne Borsdin und

Cosnowice kann österreichisch, russisch oder selbständig sein, es wird für alle Zeiten unser Feind bleiben.

Weiter! Zwei Millionen Polen sollen dem Königreich Preußen einverleibt werden. Diese Polen haben jetzt ihre polnischen Schulen und Gerichte. Will man die ihnen nehmen, um sie mit den preussischen Polen auf eine Stufe zu stellen? Oder wird man die nationale Freiheit, die die zu annektierenden Polen jetzt haben, auch auf die bisher preussischen Polen ausdehnen und zugeben, daß in Polen und Preußen polnisch amtiert, gelehrt rechtsgeprochen wird? Dieser Gedanke liegt unsern Annexionspolitikern wohl am fernsten! Oder will man im Staate Preußen zwei Kategorien von Polen schaffen, neue und alte, frei und unfrei?

Wie muß dann aber auch der polnische Annexionsplan auf unsern österreichischen Verbündeten zurückwirken? In ganz Oesterreich wird es kaum einen Menschen geben, der sich mit diesem Plan einverstanden erklären wird, in weiten Kreisen wird er die größte Erbitterung wecken.

Kurzum, wie man die Sache auch dreht, der neue Plan bleibt eine Mißgeburt dilettantischer Politik, wie sie schlimmer gar nicht gedacht werden kann. Wie war es möglich, daß er überhaupt ernstlich aufgestellt und diskutiert werden konnte, so ernstlich, daß die Diskussion eine neue schwere Krise über das Reich heraufbeschwören konnte? Das kommt, wie gesagt, daher, daß es immer noch zu viele Leute gibt, die nicht genau wissen, was sie wollen.

Wir haben infolgedessen Schwankungen der deutschen Politik erlebt, die das Vertrauen zur Regierung auf allen Seiten erschüttert haben. In Brest-Litowsk ein Labrynth, aus dem sich noch kein Ausweg zeigt. In Berlin neue Verwirrung! Wie soll das enden?

Kriegsnachrichten.

Deutscher Tagesbericht.

WW. Großes Hauptquartier, Amtlich, 16. Jan. 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. Bei und südlich von Lens war die Artillerietätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungsgefechte. Südöstlich von Dreus wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Bado nville vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den oberen Vogesen Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen erhöhte Gefechts-tätigkeit.

Italienische Front. Zwischen Brenta und Piave vielfach lebhafte Feuerkämpfe mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe nur südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt. Sie wurden abgewiesen. In dem Piave-Abschnitt nördlich von Montello verstärkte sich das englische Artilleriefeuer.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.
WW. Wien, 16. Jan. (Nichtamtlich.) Amtlich wird ver-sauft:

Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Vorstoß westlich des Col del Rosso abgewiesen. An der Brenta setzte der Italiener seine vergeblichen Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Bekufer des Monte Parica stürmte der Gegner dreimal gegen unsere Linien. Jedemal brach der Ansturm bereits in unserem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer verlustreich zusammen. Südlich des Monte Fontana Secca wurden feindliche Angriffsbereitschaften im Keime erstickt. In der unteren Piave vielfach lebhafte Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Untergegangene feindliche Schiffe.

WW. Rotterdam, 16. Jan. (Nichtamtlich.) „Maasbode“ meldet: Der Segler „Johann Velle“ ist gestrandet und Brack der belgische Dampfschoner „John“ ist nach einem Zusammenstoß gesunken, der französische Segler „Woebe“ ist infolge Sturm gesunken. Das Motorschiff „John Woebe“ ist gesunken. Der schwedische Segler „Nyan“ ist gestrandet und Brack. Der amerikanische Dampfer „Coberus“ (2166 Tonnen) ist gestrandet und gilt als verloren. Der amerikanische Sloopdampfer „Corning“ ist gesunken. Der englische Dampfer „Aurota“ (580 Tonnen) in der russische Segler „Valva“ (234 Tonnen) werden vernichtet.

WW. Bern, 15. Jan. (Nichtamtlich.) Einer Melbourneur Meldung der in Paris erscheinenden „Chicago Tribune“ kundigt die australische Admiralität an, daß letzten eine Anzahl Kaufschiffe von großem Tonnengehalt in den australischen Gewässern durch treibende Minen vernichtet wurden. In diesen australischen Gewässern sollen treibende Minen, die angeblich von neutralen Schiffen gelegt worden sein sollen, sehr zahlreich sein.

WW. Bern, 15. Jan. (Nichtamtlich.) „Petit Parisien“ meldet aus Brest: Der Schiff-Fischdampfer „St. Mathieu“ wurde nach heftigem Feuerkampf von einem U-Boot versenkt. Drei Mann von der Besatzung sind tot. Mehrere sind verletzt.

WW. Amsterdam, 16. Jan. (Nichtamtlich.) Die iedert. Tel.-Ag. meldet aus Rotterdam, daß der Dampfer „Westboden“ 15 Meilen nordwestlich von Scheveningen gesunken sei. Man wisse nicht, ob das Schiff torpediert wurde, oder auf Minen gelaufen sei. Von den 18 Mann der Besatzung wurden 12, darunter zwei schwer verwundet, in Scheveningen gelandet. Auch ein Loter wurde ans Land gebracht.

Die Friedens-Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 16. Jan. (WW. Nicht amtlich.) Am 14. Januar um 5 Uhr nachmittags hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre 4. Sitzung ab.

Staatssekretär von Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Regierung ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er halte aber die Art, gegenseitig mit formulierten Schriftstücken zu verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und wenig förderlich. Es werde sich empfehlen, die Materie durchzusprechen und dann von beiden Seiten je einen Herrn zur Redaktion zu beauftragen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und, falls dies nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte festlegen. Hierauf gelangte

die materielle Antwort der Verbündeten zur Verlesung, in der es heißt:

Die russischen Vorschläge, betreffend die besetzten Gebiete Rußlands, welchen demnach von der Ansicht der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Sie tragen nicht den Charakter des Kompromisses, sondern stellen einseitige russische Forderungen dar. Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formulierend ihre Anschauungen über die streitenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und einen Versuch zu unternehmen, ob der von ihnen angestrebte Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung behalten könne. Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist. Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Ansicht sind, die verfassungsmäßig zuständigen Organe in den neuen Staatsgebilden seien als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen breiter Klassen der Bevölkerung auszudrücken. Von großer Bedeutung für die Frage der Entstehung von Staatspersönlichkeiten ist das Urteil des Obergerichtshofes in Washington vom Juni 1808, in dem ausgeführt worden ist, daß die souveränen Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit — d. i. seit dem 4. 7. 1776 — ganz unabhängig von einer Anerkennung seitens Englands im Verträge von 1882 (Globe Droit International Codicex 160).

Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche tatsächliche Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik aufzulegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zarismus verschwunden sind, ebenso davon, daß von der russischen Regierung deswegen die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtungen und der internationalen Rechte besteht.

In diesem Zusammenhang wäre die Frage anzuführen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereiche des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, woran die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will.

Hält man sich aber — wie die russische Delegation dies tut — auf dem Standpunkte, daß die russische Republik ein berechtigtes Recht besitzt, so auch in der Tat der Umfang des Ver-

in Frankreich und Deutschland Unschau halten, und ich hoffe, daß das Ergebnis gegenseitiger Austausch bzw. Internierung von Gefangenen in der Schweiz sein wird.

Die Internierung gesunder Familienväter in der Schweiz ist durch das Entgegenkommen der Schweiz ermöglicht. Unser Verzicht, 20 000 Väter auszutauschen, Kopf um Kopf, wurde von Frankreich nicht angenommen. Wir schlagen dann vor, 5000 französische gegen 4000 deutsche Familienväter einzutauschen. Sie wollten aber weit mehr. Die Rückversuche Gefangener werden in Frankreich schwer bestraft, in Deutschland und England auf Grund von Vereinbarungen dagegen mit 14 Tagen Gefängnis. In Bezug auf Sabotage sind wir mit England in einem Einvernehmen. Sie soll weber betrieben noch unterstützt werden. In Frankreich dagegen wird die Sabotage amückerseits unterstützt. Das muß gegenüber den irrtümlichen Zeitungsmeldungen festgestellt werden. Verhöre, schlechte Behandlung und Veranlassung von Kriegsgefangenen in Frankreich häufig. Wir haben Vorstellungen erhoben und Maßnahmen dagegen verlangt. Ebenso fordern wir die Verwendung gefangener Unteroffiziere aller Grade zur Bewachung. Der Liebesdienst und der Postverkehr, weiblicher Hilfsdienst und Bücherlieferung sind ebenfalls Gegenstand von Verhandlungen. Frankreich darf nicht im Zweifel sein, daß wir, falls die erniedrigende Behandlung unserer Gefangenen gegenüber nicht ändert, weitere Vergeltungsmaßnahmen anordnen werden. Wir haben 410 000 gefangene Franzosen und über 700 Offiziere, mindestens doppelt so viel als die Franzosen Gefangene von uns haben. Wir müssen schließlich gegen die gefangenen Franzosen vorgehen, wollen wir unsere eigenen Soldaten nicht im Stich lassen.

Hierzu wurde von Ausschussmitgliedern erklärt: Wenn es nicht bedeutend besser wird, müssen wir unsere Nachmittel rücksichtslos zur Anwendung bringen. Wenn alle Vorstellungen mitzählen, muß eine brutale Gegenmaßnahme herbeigeführt werden. Die Lage der Gefangenen auf Korsika hat sich gebessert, wenn auch die Forderung, die deutschen Soldaten nicht in den Sumpfgebieten zu beschäftigen, noch nicht erfüllt ist. Die erste Vergeltungsmaßnahme wurde bereits 1915 angeordnet. Dem Kriegsminister und der Generalverwaltung kann nicht vorgeworfen werden, sie hätten zu spät eingegriffen. Wir haben von Anfang an eine menschliche Behandlung unserer Gefangenen verlangt. — Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Unterstaatssekretär v. d. Busche, es sei der Wunsch des Reichstanzlers, daß morgen die politische Debatte nicht aufgenommen werden wird, da dies bei dem Stande der Verhandlungen in Brüssel-Vitot eine schädliche Wirkung haben könnte.

Ausland.

Verfolgung von Schweizern in Italien.

Die italienische Presse hat solange gegen alle deutschsprechenden Freunden in Italien gewütet, daß man jetzt den Unterschied zwischen Reichsdeutschen und Deutsch-Schweizern vollkommen verliert. In ihrem Eifer, fremdes Gut zu beschlagnahmen und die feindlichen Ausländer zu verfolgen, internieren die italienischen Behörden Deutsch-Schweizer, weihen sie aus und beschlagnahmen ihr Eigentum. Im Schweizerischen Ständerat brachte Dr. Wehler eine Reihe von Fällen vor, in denen in Italien lebende Schweizer tatsächlich angegriffen, verfolgt oder wegen angeblichen Spionageverdachts landesverwiesen wurden. Bundesrat Adler löste Protestierung zu, doch haben bisher die Verprechungen berechnungswürdigen Gegenseitens, die der Schweizerische Gesandte von Rom bisher reichlich erhalten hat, zu keiner Besserung geführt. Die Verfolgung kommt allerdings auch häufiger auf das Konto der Militär- als der Zivilbehörden.

Badischer Landtag.

Die Mannheimer Vorgänge.

In den letzten beiden Sitzungen des Landtags wurden im Plenum die Vorgänge bei der Versammlung der Vaterlandspartei in Mannheim ausgiebig erörtert. Es wurde erörtert, daß der Presse zunächst verboten war, irgend etwas über den Verlauf der Versammlung in die Öffentlichkeit zu bringen. Warum, konnte sich zunächst kein Mensch denken. Andern Tags wurde dann doch ein kurzer Bericht der „Frankfurter Zeitung“ freigegeben, aus dem man sich die Antwort auf das „Warum“ leicht zusammenstellen konnte. Die Versammlung hatte sich spontan zu einer machtvollen Gegendemonstration gestaltet. Deshalb jedenfalls die liebevolle Fürsorglichkeit. Wäre das nicht vorgekommen, hätte man vorausichtlich spaltenlang berichten dürfen.

Wie Minister v. Bodman ausführte, sollen etwa 2000 Anhänger der sozialdemokratischen Partei den Referenten des Abends, Herrn Pfarrer Traub, durch Singen am Sprechen verhindert haben. Ein Bericht unseres Mannheimer Parteiorgans liegt aus den oben erwähnten Gründen bis heute noch nicht vor. Wir müssen uns also im Urteil zurückhalten. Wenn die Dinge so waren, wie sie Herr Minister v. Bodman darstellte, würde man, man mag die Sache betrachten wie man will, nicht viel an der Auffassung des Herrn Ministers aussetzen können. Einen Redner in dieser Weise mundtot zu machen, ließe sich schließlich nicht verteidigen. Man hätte ihn bei dieser Zusammenkunft der Versammlung anders viel wirkungsvoller abführen können. Man könnte eine Entschuldigung höchstens in der jetzigen Psychologie der Massen finden, die in der Erregung, viellecht auch im Hinblick auf die Berliner Vorgänge, einfach zu diesem Mittel gegriffen hat, um ihrem Widerwillen gegen die Vaterlandspartei Ausdruck zu verleihen.

In der gestrigen Sitzung wurde weiter über die Dinge gesprochen. Der Abg. Adolf Ged wandte sich gegen eine Aushebung des Abg. Wötter, der die in der Versammlung anwesenden „Unabhängigen“ als die eigentlichen Ruhestörer bezeichnete. Als Gegenredner war nämlich u. a. auch der Reichstagsabgeordnete Oskar Ged vorgelegen. Adolf Ged erklärte nun, Reichstagsabg. Oskar Ged sei nicht qualifiziert, den Standpunkt der Mannheimer Sozialdemokratie zu vertreten, da er deren Vertrauen nicht in mehr bezweifeln könne. Es ist dies zum mindesten ein sehr klüger Vorwurf, gegen den sich die Mannheimer wohl zu wehren wissen werden. Das Vertrauen der „unabhängigen“ Sozialdemokraten wird er allerdings nicht haben. Nach unserer Kenntnis könnte man das gleiche viel eher von dem Pfaffenberger Wahlkreis Adolf Ged behaupten. Er hätte alle Veranlassung, sich dieserhalb im eigenen Wahlkreis umzusehen und dort die Vertrauensfrage zu stellen.

Zweite Kammer. — 10. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 16. Januar 1918

Präsident Dr. Zehner eröffnete um 10 Uhr die Sitzung. Die neugebildete Kommission für Ernährungsfragen setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: vom Zentrum: Abg. Albiek, Belzer, Engelhardt, Mast, Martin, Spang, Weizsäcker; von den Nationalliberalen: Abg. Koellin, Stork, Krauth, Schön und Herber; von den Sozialdemokraten: Abg. Veckold, Stöckinger und Weber; von der fortschrittlichen Volkspartei: Abg. Masja; von der rechtsstehenden Vereinigung: Abg. Hertle.

Die allgemeine politische Aussprache

fortgesetzt. Abg. Schöpsle (N. Vgg.) wendet sich gegen die Angriffe, welche von einigen Seiten des Hauses gegen die Vaterlandspartei vorgebracht worden sind und beauftragt die Volksstimme, die keineswegs eine gute sei. Wer sich darüber unterrichten wolle, solle einmal eine Fahrt dritter Klasse machen und sich unter das Volk mischen. Eine ungeheure Verschuldung der kämpfenden Staaten und die in ihnen wohnenden Völker wird das Ende des Krieges sein. Der Redner bespricht im folgenden Fragen der Reichspolitik, zum Teil unter lebhafter Unruhe des Hauses und besonders unter Widerspruch der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei bei seinen Angriffen gegen Ruher und gegen die Juden. Unter Heiterkeit betont der Redner, er sei kein Antisemit, er warne aber vor dem Ueberhandnehmen der Juden in allen wirtschaftlichen und öffentlichen Stellen. Weiter polemisiert der Redner gegen die industriellen Gesellschaften, die das Volk ausbeuteten. Die Schaffung einer Vertretung der Arbeiter in der ersten Kammer sei auch eine Forderung seiner Freunde. Nicht ein starker Friede, sondern ein eigener Friede tue Deutschland not. Um das preußische Wahlrecht sollte man sich in Baden nicht kümmern; das sei eine interne Angelegenheit Preußens. Die Verhältniswahl sei nicht für das breite Land.

Abg. Ged (Unabh. Soz.) Vorlesungen, wie sie uns der Redner gehalten hat, sollten zur Vereinfachung unserer Geschäftsführung gedruckt und mit einem Urprüfungszeugnis versehen werden. Die Angelegenheit des Vertreters der Verarbeitenden über die Mannheimer Versammlung der Vaterlandspartei sollte dazu führen, daß das politische Zensurwesen durch Einfluß der Regierung in die Schriften zurückgewiesen wird. Aber man muß sich doch fragen, woher wußte die organisierte Sozialdemokratie in Mannheim, daß es zu einem Zusammenstoß bei der Versammlung kommen würde. Die Kampfstimmung für die Versammlung wurde durch einige Notizen in der Mannheimer „Volksstimme“ geschaffen. Ganz unglücklich war es aber, einem sozialdemokratischen Redner eine bestimmte Redezeit zuzusagen. Ein Unabhängiger konnte ja kaum wagen zu sprechen, denn das ist gefährlich, wer das Unabhängiger an die herantritt, wandert recht schnell in den Schützengraben. Es war doch ein Anlaß, eine Rednerliste mit nur zwei Namen aufzustellen und dazu von der Sozialdemokratie noch den Reichstagsabg. Ged, der heute das Vertrauen der Mannheimer Sozialdemokratie nicht mehr besitzt. In einer Zeit, wo Landau, Landau vom Frieden gesprochen wird, hat nur der Mannheimer Polizeidirektor verboten, in einer in Spodenheim zu veranstaltenden Versammlung über Frieden und Friedensziele zu reden, das selbe Verbot, das auf Hintertreppen von der Sozialdemokratie Informationen erhält. So herrscht auch bei uns eine preußische Kollisionsverfälschung. Das zeigt auch ein Fall in Karlsruhe, wo man bei einem Arbeiter verurteilt, die Liste der Karlsruher Unabhängigen herauszubekommen. Auch mit dem Beschwerderecht des Arbeiters ist es eine eigene Sache; gar mancher, der davon Gebrauch gemacht, sah drei Tage später in der Eisenbahn auf der Reise nach der Front. In der Lohnzahlung für Werkstättenarbeiter herrschen ungläubige, unbegreifliche Unterdrückungen; so verdiente ein Treher monatlich 155 M., ein Lehrling dagegen 185 M. Noch größer ist der Unterschied gegenüber den vorübergehend eingestellten Hilfsarbeitern, die oft 300 M. monatlich verdienen. Wenn sich nun die schon jahrelang in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter beschwerten, werden sie verhöhlet.

Auch mit der Verteilung der Lebensmittel liegt es im Argen. Sehr ungünstig sind auch die Verhältnisse der Kolonnenarbeiter draußen im Feld. Im folgenden bespricht der Redner den „Fall Kruse“. Der Herr Justizminister sollte sich einmal um die Verhältnisse hinter den Gefängnismauern kümmern und bessere Verhältnisse für die Unterjünglingsgefangenen schaffen. Dem Standpunkt des Staatsministers, daß dieser vor dem Krieg gewählte Landtag nicht berechtigt sei, umfassende Verfassungsänderungen vorzunehmen, stimme ich zu. Ich wünschte nur, die Sozialdemokratie Deutschlands hätte genau so gedacht und den Parteitag erst abgerufen, nachdem die hunderttausende Arbeiter aus dem Felde zurückgekehrt sind. Zum Schluß seiner Darlegungen wünscht der Redner die baldige Wählerveränderung und eine internationale Gemeinschaft der nationalen Interessen, damit jenen künftig die Wege verwiesen werden, die es noch einmal wagen sollten, die Kurie des Krieges heraufzubeschwören.

Staatsminister v. Bodman führt aus, daß nicht allein jetzt im Krieg, sondern schon im Frieden eine Ueberwachung von Versammlungen statthand, und zwar dann, wenn vermutet werden konnte, daß Unruhen fallen, die Anlaß zur Schließung einer Versammlung gäben. Ich hoffe auch, daß das schwierige Werk im Osten zu einem guten Ende gelangt. Dieses Werk wird aber nicht gefördert, wenn man sagt, wir treiben Eroberungspolitik und seien auch mitschuldig am Kriege. Ich meine, Abg. Ged hat nichts gelernt und viel vergessen. Der Abg. Ged hat dann auch von dem Dampfern gesprochen. Nun werden im Volke die Bürger eingeteilt in Samstener und solche, die es nicht sind, in „Mindbischer“ (Heiterkeit). Glücklicherweise gibt es noch viele, die ängstlich bestrebt sind, die Vorschriften einzuhalten. Das Reden ist oft angebracht, aber ich meine, in unserer jetzigen Zeit gilt ganz besonders das Sprichwort: Schweigen ist Gold.

Finanzminister Dr. Meinholt widmet dem aus dem Amte geschiedenen Generaldirektor Kolb herzliche Worte der Anerkennung und betont, daß sein Nachfolger Staatsrat Schulz als tüchtiger Beamter die beschriebenen Bahnen weiter verfolgen werde. Was unsere Finanzen anbelangt, so kann die Reichsleitung die Größe unseres Bedarfs noch nicht übersehen. Die Ansicht, ich sei ein Gegner der Monopole, ist nicht richtig; ich befürworte die Monopole. Eine Reichseinkommensteuer habe ich immer befürwortet und muß das auch künftig tun. Eine dauernde Zinsprämie der Vermögens- und Einkommensteuer durch das Reich kann für uns nicht annehmbar sein, weil diese beiden Steuern das Fundament des Einzelstaates sind. In dieser Anschauung herrscht völlige Uebereinstimmung mit allen anderen Bundesstaaten. Doch wir für die stärkste Verzinsung der Kriegsgewinne alles tun werden, kann ich Sie versichern. Die Frage der Reichseisenbah-

nen ist früher schon besprochen worden. Wir sind nicht ganz absehnend; dagegen wolle Bayern und Preußen noch nichts davon wissen. Auf eine Vereinfachung des Betriebes werde ich jederzeit hinarbeiten; soll jedoch etwas erreicht werden, so müssen die Staaten zusammengehen.

Was unsere badischen Finanzen angeht, so kann ich sagen, daß auch heute der Stand ein guter und sicherer ist. Das Wort „heute“ muß ich dabei unterstreichen, denn was noch kommt, wissen wir nicht. Zwischen Staatswirtschaft und Stadtwirtschaft ist ein großer Unterschied und unsere Finanzen kommt es zugute, daß wir uns dem Schuldenmachen ziemlich fern halten. Unsere Aufwendungen für Kriegsausgaben belaufen sich auf 5 1/2 Millionen. Dazu kommen noch die Ausgaben für Feuerungszulagen die jetzt 10 1/2 Millionen betragen und sich 1918 auf 12 Millionen beziffern werden. Dazu kommen noch die Aufwendungen für die Eisenbahngesellschaften, die noch höhere sind. Alle Angelegenheiten darauf hin, daß diese Summen noch wesentlich überschritten werden. Die Verzinsung der im Interesse der Gemeinden aufgenommenen Schulden belief sich im Jahre 1916 auf 8 Millionen, im Jahre 1917 auf 4,4 Millionen. Diese Ausgaben kommen ausschließlich den Gemeinden zugute. Was mich für die Zukunft mit Sorge erfüllt, ist weniger die Furcht, daß das Reich seine Schulden an uns nicht zurückbezahlt — sie betragen heute 145 Millionen Mark, nachdem erst jüngst 9 Millionen zurückbezahlt worden sind, sondern das Anwachsen der Ausgaben auf personellem Gebiet.

Die Verhältnisse zwingen uns zum Ausbau der direkten Steuer. Wir müssen dann auch dafür sorgen, daß unsere laufenden Anlagen auch wirklich werbende Anlagen werden, daß unsere Eisenbahnen und das Bergwerk etwas abwerfen und so günstig stehen, wie das unsere Eisenbahn vor dem Kriege waren. Das wichtigste ist die Spararbeit in der Verwaltung. Ich hoffe, dem nächsten Landtag Vorschläge über die Vereinfachung der Staatsverwaltung vorlegen zu können. Die Staatsbeamten müssen wir so bezahlen, daß sie auskömmlich leben können. Der Abg. Schöfer hat bemängelt, daß dem Steuerminister die Sachverständigen vorgelegt werden müßten. Das ist wohl nur in einzelnen Fällen geschehen, wo man die Wichtigkeit der Angaben bezweifelte. Die Veranlagungseinrichtungen arbeiten bei uns vorzüglich. Man muß aber soweit kommen, daß überall der gleiche Apparat gehandhabt wird. In seinen Schlussworten widerstand der Finanzminister den Ausführungen des Abg. Ged, daß den Arbeitern das Beschwerderecht verweigert werde.

Justizminister Dr. Düring, Lemerck, daß er heute über den Fall Kruse und die darüber vorgebrachten Beschwerden des Abg. Ged noch keine Auskunft geben könne, daß er aber bei Behandlung des Budgets der Justizverwaltung auf diese Angelegenheit zurückkommen werde.

Sodann wird kurz nach 1 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr verlagert. Auf die Tagesordnung wird noch außer der Besprechung politischer Fragen die Beratung des Budgets des Ministeriums des Kultus und Unterrichts gestellt.

Die Zusammenziehung der Zweiten Kammer.

Nach dem neuen Verzeichnis gehören der Zweiten Kammer des Landtags 78 Mitglieder an, inzwischen ist der Abg. Dr. Zehner infolge seiner Ernennung zum Oberlandesgerichtspräsidenten ausgeschieden, so daß die Zweite Kammer zur Zeit nur 72 Mitglieder umfaßt. Davon gehören 29 (jetzt 28) Abgeordnete zur Fraktion des Zentrums, 20 zur nationalliberalen, 12 zur sozialdemokratischen, 6 zur fortschrittlichen Volksparteilichen Fraktion, 5 gehören zur rechtsstehenden Vereinigung, einer ist unabhängiger Sozialdemokrat. Den Berufen nach sind in der Zweiten Kammer vertreten: 11 Bürgermeister von Landgemeinden (5 Zentr., 4 Reichst. Vg., 2 natl.), 5 Rechtsanwälte (3 Fortsch., 2 Natl.), 1 Soz., 5 Gewerkschafts- und Parteisekretäre (3 Zentr., 2 Soz.), 5 Fabrikanten und Direktoren (3 natl., 1 Zentr., 1 F. V.), 4 Bürgermeister II. und mittlerer Städte (sämtl. natl.), 4 katholische Geistliche (4 Zentr.), 3 ritterliche Beamte (2 Zentr., 1 natl.), 3 Kaufleute (2 natl., 1 F. V.), 3 Landwirte (1 natl., 1 Zentr., 1 Soz.), 2 Gutbesitzer (beide Zentr.), 2 Direktoren höherer Behörden (beide natl.), 2 Ärzte (beide natl.), 2 Professoren an höheren Lehranstalten (1 Zentr., 1 F. V.), 2 Buchdruckereibesitzer (1 natl., 1 unabhängiger Soz.), 2 Druckereiangestellte (1 Zentr., 1 Soz.), 2 mittlere Beamte (2 Zentr.), 2 Wirte (Soz.), 2 Handwerker (1 Zentr., 1 Soz.), ferner je 1 Oberbürgermeister (natl.), Ratsschreiber (Zentr.), Stadtschulrat (natl.), Bierbrauer (Zentr.), Tierarzt (Zentr.), Krankenlosenbeamter (Soz.), 1 Bekantur (Soz.), 1 Lehrer (Zentr.), 1 Geschäftsführer (Soz.), 1 Arbeiter (Soz.).

Baden.

Karlsruhe, 16. Jan. Der Privatier Ludwig Kapp hat zu Wohltätigkeitszwecken 12 000 M. hinterlassen. Davon sollen 6000 M. für den hiesigen Armen- und Waisen-Fonds, 3000 M. für Unterstützung armer Erstkommunikanten von hier, 2000 M. zum gleichen Zweck für Kappelrodeck verwendet werden.

Durbach, 15. Jan. Die „Offenburger Zeitung“ berichtet: Eine Straßburger Gesellschaft such im Schiltten von hier ab und schreite in Willkür nochmals ein, um sich innerlich und äußerlich zu wärmen. „Wollen wir nicht die Wärmeflasche aus dem Schiltten lieber mit hereinnehmen?“ fragte mit beschränktem Nachdenken eine Dame „die kann bleiben, wo sie ist, sie steht ja sicher, und kalt ist sie ja doch, aber wir haben warme Füße“, war die Antwort. Wie erstaunten aber die Gäste, als nach dem Wiederbeheigen des Schilttens der Flasche eine sehr wohlige Wärme entströmte. Schmunzelnd bekamte die mütterlich besorgte Wirtin, sie habe die kalte Wärmeflasche ausgeleert und mit heißem Wasser gefüllt, das werde den Herrschaften sicher gefallen. Aber o weh! Die fürsorgliche Frau bekam kein Dankeswort. „Was haben sie gemacht? Ausgeleert? Das gute Kirschwasser, das wir uns aus Durbach mitgebracht hatten!“ Und mit langen Gesichtern fuhr die Gesellschaft dem Rheine zu.

Lehen bei Freiburg 16. Jan. Gestern wurden hier einem Fuhrmann, der vom Kaiserstuhl kam, von der Genbarmerie ein Sack mit 60 Pfund Mehl, 2 Laibe Brot und 2 Kaffeelichen abgenommen. Die Gegenstände sollten in eine Wirtschaft in Freiburg kommen.

Mannheim, 15. Jan. Der städtische Arbeiter Fr. Meier von Wellhof stürzte so unglücklich, daß er schwere Verletzungen erlitt und ihnen erlag.

Beschl. für das Ergreifen feindlicher Flieger. Das Ministerium des Innern hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach für das Ergreifen der inoffiziellen feindlichen Flugzeuge eine Belohnung bis zum Betrage von 1000 M. ausgesetzt wird. Es soll hierdurch die Bevölkerung zur schärfsten Aufmerksamkeit auf solche Flugzeuge angespannt werden, um den Verdächtigungen unserer Feinde zu begegnen, in dieser Weise Spione auszuheben.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 17. Januar.

Die Vaterlandspartei in Karlsruhe.

Die „Bad. Landeszeitung“, welche zugleich offizielles Organ der Deutschen Vaterlandspartei zu sein scheint, weiß in ihrer gestrigen Mittagsausgabe zu melden, daß die genannte Partei am 23. d. M. eine Feier der Reichsgründung veranstaltet. Wir hätten von der Sache weiter keine Notiz genommen, wenn nicht gleichzeitig darauf hingewiesen wäre, daß bei der Feier auch der Mädchenchor der Volksschule mitwirken würde.

Wir protestieren in aller Form dagegen, für die Zwecke der Vaterlandspartei auch die Schuljugend zu kommandieren. Die Väter dieser Kinder werden in den allerwenigsten Fällen mit den kriegsverlängernden Zielen der Vaterlandspartei einverstanden sein. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will von der Fortführung des Krieges zu Eroberungszwecken nichts wissen, da ein solcher Eroberungsfrieden, selbst wenn er mit unzähligen weiteren Opfern an Gut und Blut zu geringen wäre, notwendigerweise weitere Kriege im Gefolge haben würde, denn kein Volk läßt sich auf die Dauer unterjochen durch die Faust des Siegers.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß es am Schlusse der Vorträge schuldig heißt: Die Feier ist nicht nur auf die Deutsche Vaterlandspartei berechnet, sondern alle Männer und Frauen sind herzlich eingeladen, die sich mit uns in den Dienst der höchsten vaterländischen Ziele stellen und einen starken deutschen Frieden erstreben. Es ist klar, daß die angebliche Reichsgründungsfeier nur den Deckmantel für den vaterlandsparteilichen Klamauk abgeben soll, bei dem zweifellos der Kaiser, Hindenburg, Tirpitz oder andere im Sinne der Vaterlandspartei antelegraphiert werden, um den Anschein zu erwecken, als ob das gesamte deutsche Volk unter die Kriegsbefehle gegangen sei. Dafür bedanken wir uns herzlich.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr im Lokal „Gambriusshalle“ Vortrag von Gen. Hücker über „Meine Eindrücke von meiner Westfrontzeit“.

Unfall der Altbahn. (Telefon.) Der orkanartige Sturm entwarf gestern nachmittags 5 Uhr in der Göttinger Allee, etwa in der Mitte zwischen Bahnhof Veierheim und Haltestelle Klein-Müppurr, einen schweren Pappelbaum, der quer auf das Gleise geworfen wurde. Es entstand eine mehrstündige Betriebsstörung, da die elektrische Fabelleitung auf größere Länge heruntergerissen wurde und Dampfbesen zur Hilfe herangezogen werden mußte. Ein nach Göttingen fahrender Motorwagen konnte dank der Gelbgegendwart des Wagenführers unmittelbar vor dem umgestürzten Baum zum Halten gezwungen werden, so daß ein Unglück verhindert wurde.

Die elektrischen Leitungen und Masten wurden auf etwa 400 Meter derart gerüttelt, daß ein Befahren der Teilstrecke Karlsruhe-Reichsstraße-Klein-Müppurr voraussichtlich erst morgen Freitag

wieder möglich sein wird. Alle Züge der Altbahn enden und beginnen bis dahin am Haltepunkt Klein-Müppurr.

Musterung österreichisch-ungarischer Landsturmpflichtiger. Die Musterung der im Jahre 1900 geborenen österreichisch-ungarischen Landsturmpflichtigen wird voraussichtlich im Februar stattfinden. Die Musterungspflichtigen haben sich bei den zuständigen Konjunkturalen zu melden.

Telegramm- und Eisbestellung in Karlsruhe (Baden). Die Telegramm- und Eisbestellung beginnt beim Telegraphenamts sowie den Postämtern 1 und 2 in Karlsruhe (Baden) während des Winterhalbjahres um 7 Uhr vormittags und endet um 9 Uhr abends.

Städ. Konzerthaus. In der Aufführung von „Rosenblut“ am Freitag, den 18., singt Frau Müller-Reichel vom Königl. Theater in Wiesbaden die Helena.

Sturmshäden. Im Rheinhafen hier hat der Sturm die Verladebrücke einer Expeditionsfirma, trotzdem der Krakenführer die Brücke elektrisch brante, gegen die beiden Krellböde gestoßen und sodann aus der Sicherung geworfen. Der Firma ist dadurch ein Schaden in Höhe von etwa 50 000 M. entstanden. Im Stadteil Daxlanden warf der Sturm das Miesdach eines Stall- und Remisengebäudes, welches eine Länge von 22 Meter und eine Breite von 6 Meter hat, vollständig vom Gebäude herunter, wodurch dem Eigentümer ein Schaden von etwa 3000 M. entstanden ist.

Unfall. Beim Reinigen eines Wasserfieders stellte ein Bahnarbeiter den aufgestellten Schachtbock in die Höhe. Der Deckel wurde durch einen Windstoß zu Boden geworfen und fiel dem Arbeiter auf den Kopf; er erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er mittelst Sanitätsautos ins neue St. Vincentiushaus verbracht werden mußte.

Letzte Nachrichten.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 16. Jan., abends. (Amtlich.) Am Westende des Monte Vertica scheiterten gestern nachmittags mehrfache Angriffe der Italiener. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 16. Jan. (WTB. Nicht amtlich.) Im Laufe des gestrigen Vormittags versammelten sich die Delegierten der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär von Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der von der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen mit zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär v. Kühlmann einmütig ihren Dank und ihre volle Zustimmung zum Ausdruck. Eine vertrauliche Besprechung des Grafen Czernin mit dem ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herstellung eines prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine

Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

Berlin, 17. Jan. In einem Artikel „Die Erklärung in Brest-Litowsk“ sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Antwort des Bierbundes, die die Unterlagen für die letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk bilden, bedeutet sicherlich einen ausgiebigen Schritt zur Klärung und damit zur Verständigung. Benigstens ist die letztere Forderung berechtigt, wenn und solange beide Teile ihre Aufgabe darin erblicken. Herr Trotsky hat auch in seiner Antwort anerkannt, daß die Antwort der Mittelmächte jedenfalls die formellen Schwierigkeiten beseitigt. Darauf beschränkt sich aber ihre Wirkung keinesfalls. Vielmehr erstreben sie vor allem eine Klärung dahin, daß die Mittelmächte den Weg zur Verständigung in einem Kompromiß sehen, das mit den Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, rechnet. In den vier Punkten, worin diese Tatsachen zusammengefasst wurden, sehen die Mittelmächte eine Unterlage, die ein Kompromiß noch möglich erscheinen läßt. Offenbar wird damit der Gegenstand, der noch zwischen den beiden Parteien besteht, verringert, und vor allem der Weg gefunden, auf dem er überwunden werden kann. Der Gegenstand wird vertieft dadurch, daß die russischen Forderungen sich auf dem Boden der Theorie bewegen, während die deutschen Vorlagen Tatsachen zur Unterlage haben und gerade darin eröffnet sich auch die Möglichkeit seiner Überwindung. Wenden auch die russischen Vertreter ihre Verständigungsabsichten von der Theorie wieder zur Praxis und stellen sie sich damit auf den Boden der Tatsachen, so ist die Brücke gefunden, auf der beide Teile zusammenkommen werden. Diese Klärung ist ein wesentlicher Fortschritt, wenn auch die andere Seite die Verständigung wirklich sucht.

Eröffnung des schwedischen Reichstages.

WTB. Stockholm, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Der König hat heute den Reichstag mit einer Thronrede eröffnet, in welcher er die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität, sowie die Uebergangswirtschaft nach dem Kriege und das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten besprach, das selbstständig gewordene Finnland begrüßte und die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Alandalfrage ausdrückte.

Entgeißlung eines Urelanberuges.

Saarbrücken, 16. Jan. (WTB. Amtlich.) Der Urelanberzug 243 ist heute morgen bei Kirn infolge Dammrutsches entgleist. Es gab Maschine, Packwagen und zwei Personen sind abgetötet, es gab Tote und Verletzte. Nähere Feststellungen über deren Zahl liegen noch nicht vor.

Briefkasten der Redaktion.

No. 100. Es hätte keinen Zweck gegen den eingesandten Redaktionsbrief polemisieren zu wollen. Schon der Raummangel verbietet dies.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kabet; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Dankfagung.

Au Spenden für die Sammlung zugunsten des Roten Halbmonds sind weiter eingegangen:

Postfakt. B. Funf 5 M., Dr. S. Breidt 5 M., G. Stratt, Baden-Baden 1 M., Strüder, B. G. 25 M., Samstags-Statgesellshaft Hotel National 20 M., Holz 5 M., Mentner Febr. Post 50 M., Bad. Presse von Ungenamt 3 M., Privatm. Red. 10 M., Müllch 2 M., Aktien-Gesellschaft Badenia 10 M.

Wir danken für diese Gaben und bitten um weitere Zuwendungen.

Karlsruhe, den 16. Januar, 1918.

Der Ortsauschuß für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

Das Schwimmbad

im städt. Bierordbad ist ab Freitag, den 18. d. M.

wieder geöffnet.

Städt. Badverwaltung.

Gesucht eine größere Anzahl fleißiger, sauberer

Frauen u. Mädchen

Zu melden beim Portier

Bad. Lebensmittelabrik Louis L. Stern & Co. Bannwaldallee 1.

Für unsere Marmeladefabrik suchen wir zum sofortigen Eintritt

jüngere Burschen

und

Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner

in Karlsruhe-Grünwinkel.

Druckfachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund“.

Anträge auf Versicherung gegen

Fliegerschäden

an Gebäuden, Mobiliar, Waren und dergleichen nimmt entgegen

die Generalagentur der Badischen Feuerversicherungs-Bank
Karlstraße Nr. 84. Fernsprecher 332.
Agentur H. Schöffler,
Luisenstraße Nr. 52. 2289

Papier.

Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiterverkauft, sondern direkt der Verarbeitung zu neuem Papier zugeführt. Größere Mengen von 250 kg an werden abgeholt, kleine Mengen bitten wir in der Fabrik, Waldstraße 28, abzuliefern.

A. Braun & Co.

Gastofes

Stück- und Nutzfotos

berechnen wir vom 15. Januar d. J. ab bis auf weiteres

den Zentner zu 2.40 Mk. ab Werk

Karlsruhe, den 14. Januar 1918.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Verband der Fabrikarbeiter

Zahlstelle Karlsruhe und Umgebung. Diejenigen Frauen

unserer zum Heere eingezogenen Mitglieder, welche ihre diesmalige Weihnachtsgabe noch nicht erhoben haben, können diese noch bis zum Sonntag den 3. Februar im Büro der Zahlstelle Karlsruhe-Mühlburg, Bachstraße 88, 1. Stock links, erheben. Die Auszahlung erfolgt je Sonntags vormittags von 11 bis 12 Uhr. Um Ärger zu vermeiden, ist der gemeindliche Unterstufungsbescheid, welcher zur Erhebung der Reichsunterstützung nötig ist, vorzulegen. Wird auch für dritte erhoben, ist Vollmacht von diesen nötig. Schluß: Sonntag, 3. Februar.

Der Bevollmächtigte.

Fundfächer in den städt. Volksschulen.

1. Gartenstrafschule, Bismarckstraße 8. 1 Regenschirm.
2. Gutenbergstraße (Knabenabteilung), Kaiserallee 6. 11 Mägen, 4 Hüte, 2 Umhänge, 3 Schirme.
3. Nebenstraße (Mädchenabteilung), Schützenstraße 85. 8 Umhänge, 2 Jacken, Handtasche.

Obige Fundgegenstände können von ihren Eigentümern in der Zeit vom 17. Januar bis 6. Februar in den betr. Schulen abgeholt werden.

Volksschulrektorat.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Trepp.

Blusen

Crep de chine und Seide mit kleinen Fehlern. 2292

sehr preiswert.

Groß. Hoftheater

sucht

Hilfsschreiber.

Meldungen an Maschinenrevisor Rindner. 2295

Parteiliteratur

empfehlen

Buchhdlg. Volksfreund Luisenstraße 24.

Pfannkuch & Co

frisch eingetroffen

frisch gewässerte

Stockfische

1.60

Pfannkuch & Co

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen.

Einige Frauen und Mädchen

können in meine Flascherei eintreten. 2284

Quittungskarte ist mitzubringen.

Brauerei Fr. Hoepfner.

Bezugspreis 1.10 M. 1.10 M.

Die

zur

Sigun

Br

gend

Di

charakt

russisch

weiß-r

Stülp

russisch

geste

denen

saufen

Ufrolin

fig ge

Bereit

Ma

es die

Kunfte

Meim

den G

Wölung

Der

welken

leite, fi

Aber an

nackten

Bringin

allerdin

aber ni

Gie

und Fi

Wa

möchte

mann

legenhe

reit der

richtig

einzig

lamten

moßgeb

politisch

Genera

daß zw

steht.

fassung

Gegen

tuir es

erst ein

die geri

knüpfen

nehme

der Aus

Delegat

D i s t r

uns tre

uns an

gene M

wie sie

in die

dann in

rgreifen

Verfuch

Gerr

man jeh

die borg

nochmal

u n g d

ischen

nung be

zurückla

rgkeiten

Post un

gelangen

Dem

hin, daß

S i c h e

tige Hol

Soda

don der